

V-1 Alle Dörfer bleiben – Keine Fakten durch Enteignung, Vertreibung, Abriss und Zerstörung schaffen

Antragsteller\*in: Katrin Uhlig (KV Bonn)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Status: Zurückgezogen

## Antragstext

1 Seit Mitte Dezember 2020 ist endgültig klar: Die letzten fünf Dörfer im  
2 Tagebaugebiet Garzweiler – Keyenberg, Kuckum, Beverath, Unterwestrich und  
3 Oberwestrich – könnten erhalten werden. Ihre Bewohner\*innen müssten nicht  
4 enteignet und vertrieben und ihre Häuser und Kirchen nicht zerstört werden, wenn  
5 das Ergebnis der Kohlekommission, wie zunächst von Bundes- und Landesregierung  
6 zugesagt, umgesetzt würde.

7 Das belegt ein von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in Auftrag gegebenes  
8 Gutachten, das dieser erst auf Druck der Grünen Bundestagsfraktion  
9 veröffentlichte. Altmaier hatte die Existenz des Gutachtens über ein Jahr  
10 zunächst geheim gehalten, dann seine Veröffentlichung über Monate verweigert.

11 Obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse des Gutachtens also seit  
12 Ende 2019 bekannt waren, haben Bundesregierung, Landesregierung NRW und  
13 Bergbautreibender immer argumentiert, bei Umsetzung des Ergebnisses der  
14 Kohlekommission und dem Erhalt des Hambacher Waldes sei die Zerstörung der  
15 Dörfer zwingend notwendig. Auf diesen Argumenten basiert auch der Entwurf der  
16 Landesregierung für eine Leitentscheidung zum Braunkohleabbau.

17 Es war Ministerpräsident Armin Laschet, der auf Druck von RWE die  
18 energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler in das  
19 Kohleausstiegsgesetz verhandelt hat. Dieser Vertrauensbruch an den Menschen in  
20 den Dörfern wird mit dem vorliegenden Gutachten offensichtlich. Dem Entwurf der  
21 Leitentscheidung ist damit jegliche fachliche Grundlage entzogen. Wo vorher  
22 schon massive Zweifel bestanden, ob die Zerstörung der Dörfer und die Enteignung  
23 und Vertreibung der dort lebenden Menschen wirklich zwingend erforderlich ist,  
24 ist nun klar: Alle Dörfer könnten bleiben – wenn die Planungen geändert werden!  
25 Schluss mit dem Ausspielen vom Hambacher Wald gegen die Dörfer!

26 Der Ministerpräsident muss endlich beginnen, in Berlin für die von Enteignung  
27 und Vertreibung betroffenen Menschen einzustehen und die Zerstörung ihrer Dörfer  
28 in seinem eigenen Bundesland aufhalten – gegen die Konzerninteressen von RWE.

29 Derweil schafft RWE im Tagebaugebiet weiter Fakten: Die Landstraße 277 und damit  
30 eine wichtige Verbindung zwischen den Dörfern wurde bereits zerstört, der  
31 gesamte Baumbestand in dem Bereich bereits abgeholzt. Am 18. Januar 2021, keine  
32 48 Stunden nach der Wahl Armins Laschets zum CDU-Bundesvorsitzenden, begann RWE  
33 mit Abriss des Weilers Lützerath. Und das obwohl dort noch Menschen leben und  
34 sich gegen ihre Enteignung und Vertreibung und die Zerstörung ihrer Heimat  
35 wehren. Es ist offensichtlich: Durch den Abriss der halben Ortschaft soll der  
36 Druck auf die letzten Bewohner\*innen erhöht werden, ihren Widerstand aufzugeben  
37 – eine Methode, die Menschen im Rheinischen Revier bei der „Umsiedlung“ in der  
38 Braunkohle nur zu gut kennen.

39 Armin Laschet und die NRW-Landesregierung scheinen nichts aus ihren Fehlern am  
40 Tagebau Hambach gelernt zu haben. Dort sind Menschen in den Ortschaften Manheim  
41 und Morschenich enteignet und vertrieben worden, obwohl am Ende die unter den  
42 Dörfern liegende Kohle gar nicht mehr in Anspruch genommen wird. Dieses doppelte  
43 Desaster darf sich am Tagebau Garzweiler für die dortigen Ortschaften nicht  
44 wiederholen. Es kann nicht sein, dass RWE durch fortgesetzte Zerstörung weiter  
45 Fakten schafft, solange nicht die angekündigte neue Leitscheidung der  
46 Landesregierung beschlossen ist und Gerichtsverfahren entschieden sind.

47 Bündnis 90/Die Grünen NRW fordern deshalb ein Moratorium mit einem sofortigen  
48 Stopp aller Abriss- und sonstigen Zerstörungsarbeiten durch RWE bis zur  
49 gerichtlichen Klärung aller anstehenden Enteignungs- und Betriebsplanverfahren.  
50 Es liegt jetzt am Ministerpräsidenten, die Ergebnisse des Gutachtens in der  
51 Leitscheidung zu berücksichtigen und die unnötige Zerstörung von Dörfern und  
52 Natur zu stoppen. Ein Kohleausstieg, der diesen Namen verdient, muss sich an den  
53 Zielen des Klimaschutzes und nicht an den Gewinninteressen von Kohlekonzernen  
54 orientieren. Es muss Schluss sein mit der Enteignung und Vertreibung von  
55 Menschen und der Zerstörung ihrer Heimat. Denn alle Dörfer können und müssen  
56 bleiben!

## Unterstützer\*innen

Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr); Oliver Krischer (KV Düren); Heiko Thomas (KV Heinsberg); Felix Banaszak (KV Duisburg); Ruth Seidl (KV Heinsberg); Mona Neubaur (KV Düsseldorf); Wibke Brems (KV Gütersloh); Josefine Paul (KV Münster); Sabrina Grübener (KV Heinsberg); reiner prigger (KV Aachen); Gisela Nacken (KV Aachen); Hans Josef (KV Heinsberg); Alexander Diek (KV Bochum); Micaela Popov (Ja); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Andreas Falkowski (KV Rhein-Sieg); Kerstin Wilke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia Bacmeister (KV Rhein-Berg); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Malte Lömpcke (KV Bonn); Diana Hein (KV Düsseldorf); Roland Schüren (KV Mettmann); Falco Weichselbaum (KV Bonn)